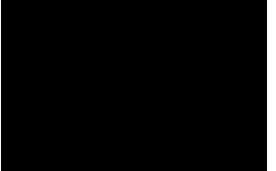


Bundesnetzagentur
Große Beschlusskammer Energie
Tulpenfeld 4
53113 Bonn

per E-Mail: gbk@bnetza.de

Netzwirtschaft

Ihr Ansprechpartner:



Datum:
20. Mai 2025

Unser Zeichen:



GBK-25-02-1#1 vermiedene Netzentgelte

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir kommen zurück auf Ihren Beschlussentwurf vom 23.04.2025 zur „Abschmelzung der Entgelte für dezentrale Erzeugung in den Jahren 2026 bis 2028“ und nehmen wie folgt Stellung:

Unser Unternehmen betreibt ein Elektrizitätsversorgungsnetz, an welches Erzeugungsanlagen angeschlossen sind, die gemäß § 120 Abs. 1, 4 bis 7 EnWG i.V.m. § 18 Abs. 1 S. 1 StromNEV die Auszahlung vermiedener Netzentgelte von unserem Unternehmen beanspruchen können.

A. Einleitung

Mit dem am 23.04.2025 veröffentlichten Festlegungsentwurf beabsichtigt die Große Beschlusskammer der Bundesnetzagentur (nachfolgend **BNetzA**) verbindliche Regelungen zur schrittweisen Reduktion der vermiedenen Netzentgelte gemäß § 18 StromNEV für den Zeitraum 2026 bis einschließlich 2028 zu treffen. Nach dem Wortlaut der Tenorziffer 1 richtet sich die geplante Festlegung an (sämtliche) Betreiber von Elektrizitätsverteilernetzen im Sinne des § 3 Nr. 3 EnWG.

Die Große Beschlusskammer plant konkret, die vermiedenen Entgelte ab dem 01.01.2026 um jährlich 25 % zu reduzieren und damit den bisher nach gemäß § 120 Abs. 1, 4 bis 7 EnWG i.V.m. § 18 Abs. 1 S. 1 StromNEV bestehenden Anspruch des Anlagenbetreibers zu reduzieren (Tenorziffern 2 und 3).

In Tenor Ziffer 2 ordnet die Große Beschlusskammer weiterhin an, dass Anschlussnetzbetreiber nur die insoweit gekürzten Entgelte bei der jährlichen Anpassung der Erlösobergrenzen (§§ 11 Abs. 2 Satz 1 Nr. 8, 4 Abs. 3 Satz 1 Nr. 2 ARegV) sowie bei der Ermittlung der Ist-Kosten und Verbuchung auf dem Regulierungskonto (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ARegV) berücksichtigen dürfen (Tenorziffern 2) .

B. Kostenneutralität für Anschlussnetzbetreiber zu gewährleisten (Festlegungsentwurf Rn. 26, 27, 31,32)

Die Große Beschlusskammer leitet ihre Kompetenz zum Erlass der im Festlegungsentwurf getroffenen Regelungen einheitlich aus § 29 Abs. 1 EnWG i.V.m. § 21, Abs. 3 S. 4 Nr. 3 lit. a, S. 5 EnWG her.

Unseres Erachtens könnten durchaus Zweifel an der hinreichenden Ermächtigung der großen Beschlusskammer zu den beabsichtigten Regelungen bestehen. Insbesondere die Einschränkung des Anspruchs des Anlagenbetreibers auf Auszahlungen vermiedener Netzentgelte könnte einen Verstoß gegen die gesetzlichen Vorgaben des § 120 EnWG darstellen.

Die wesentliche Regelung über Anspruch und Ermittlung der vermiedenen Netzentgelte für nicht volatil erzeugende, vor dem 01.01.2023 in Betrieb genommene Anlagen erfolgt bereits auf Gesetzesebene, in § 120 EnWG. Eine Festlegungskompetenz Ihrer Behörde betrifft somit unseres Erachtens lediglich Inhalte, die vor Inkrafttreten der EnWG-Novelle des Jahres 2023 durch Rechtsverordnung regelbar waren. Mit anderen Worten: Eine Möglichkeit zur Änderung der Vorgaben zur Ermittlung der vermiedenen Netzentgelte ist Ihrer Behörde lediglich im begrenzten Rahmen des § 120 Abs. 8 EnWG eröffnet, der eine nähere Ausgestaltung der gesetzgeberischen Grundsatzentscheidung, nicht aber deren Aufhebung erlaubt. Eine Abschmelzung und vollständige Abschaffung der vermiedenen Netzentgelte für Bestandsanlagen dürften hiervon somit nicht gedeckt sein.

Vor diesem Hintergrund ist uns folgender Hinweis wichtig. So muss **unbedingt vermieden** werden, dass sich Anlagenbetreiber weiterhin auf gesetzlicher Grundlage zur Beanspruchung der insoweit ungekürzten vermiedenen Netzentgelte berechtigt sehen, während unser Unternehmen auf Grund behördlicher Festlegung keine Möglichkeit zur Weitergabe der vollständigen Kosten haben könnte. Bei den Kosten aus vermiedenen Netzentgelten handelt es sich um – nach Grund und Höhe – vollständig dauerhaft nicht beeinflussbare Kosten. Diese müssen von unserem Unternehmen in Gänze bei der Anpassung der Erlösobergrenzen berücksichtigt und über die Netzentgelte erlost werden können. Die zwingende **Kostenneutralität** dieser Position für unser Unternehmen folgt auch aus dem Grundsatz der kostenorientierten Entgeltbildung gemäß § 21 Abs. 2 S. 1 EnWG.

Wir bitten die Beschlusskammer daher dringend, entsprechende Rechtsunsicherheiten im Falle einer finalen Festlegung zu vermeiden.

Für Rückfragen stehen wir Ihnen gern zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

